

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt
Stellv. Ausschussvorsitzender Kristian Stoermer

Mitglied CDU-Fraktion

Ausschussmitglied Anja Mandt
Ausschussmitglied Olaf Werner

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW

Ausschussmitglied Olaf Fischer
Beigeordneter Dr. Günther Schulte

Mitglied Gruppe "Die BUNTEN"

Beigeordneter Andreas Tönjes

Seniorenvertretung

beratendes Mitglied Evelyn Klibert

Es fehlte entschuldigt

beratendes Mitglied Lars Peichert
Ausschussvorsitzender Detlef Schön

Von der Verwaltung

Fachbereichsleitung 61 Frank Amerkamp
Fachbereichsleitung 63 Georg Brunken
Vertreter Christina Heide
Fachbereich Umwelt- und Klimaschutz Anne Jurack
Stadtbaurat Niksa Marusic

Protokollführer

Fachbereich 61 Paul Mayer

als Gast

Herzog Herzogarchitektur.de
Sundken WZ

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom
- 4 Vorlagen an den Rat
- 4.1 Strategie Wilhelmshaven/Friesland **279/2024**
- 4.2 Fortschreibung des Nahverkehrsplans für die Stadt Wilhelmshaven - Verlängerung **292/2024**
Anwendbarkeit bis 2025
- 4.3 Mobilitätsstationen **294/2024**
- 4.4 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Tonndeich" Beschluss zur fortgeschriebenen **293/2024**
Kosten- und Finanzierungsübersicht sowie zum fortgeschriebenen integrierten
städtebaulichenEntwicklungskonzept
- 5 Mitteilungen und Anfragen
- 5.1 Bebauungsplan Nr. 61, 3. Änderung Freigebiet Freiligrathstr./August-Hinrichs-
Straße - Konzeptvorstellung
- 5.2 Kommunale Wärmeplanung -
- 5.3 Einführung eines Ruf-Bus-Systems
- 5.4 Frage zu den Sachstandsfragen der Sitzung vom 24.09.2024
- 5.5 Rheinstraße 11, Weserstraße 42/44, Weserstraße 136/Luisenstraße 14
- 5.6 Sachstand kommunaler Wohnbaugesellschaft
- 5.7 Sachstand Step+
- 5.8 Sachstand ehemaliger Schlachthof
- 6 Öffentliche Anhörungen

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgem. Einladung
sowie der Beschlussfähigkeit

Herr **Störmer** eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr **Marušić** zieht die Vorlage 4.3 zurück, da sie nicht in das Ratsinformationssystem eingestellt war.
Die Tagesordnung wird einstimmig angenommen.

- 3 Genehmigung über den öffentlichen Teil der Niederschrift vom

Abstimmung Protokoll 13.08.24: 7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, einstimmig
Abstimmung Protokoll 10.09.24: 7 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung, einstimmig
Herr Brandt ergänzt zum Beschlussvorschlag bei Punkt 4.2 der Sitzung vom 10.09.24, dass es sich bei der Verkehrsregelung um die Werftstraße, und nicht um die Störtebeker Straße handelt.

Abstimmung Protokoll 24.09.24: 6 Ja Stimmen, 2 Enthaltungen

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Strategie Wilhelmshaven/Friesland

279/2024

Herr **Schwanke** informiert kurz zum TOP 4.1, der auch in anderen Sitzungen der Stadt Wilhelmshaven bereits ausführlich vorgestellt worden ist.

Frau **Heide** äußert, dass das Thema Kultur insgesamt zu kurz kommt und bittet um Nachbesserungsbedarf. Auch Herr **Dr. Schulte** teilt diese Meinung.

Herr **Tönjes** kann mit seiner Gruppe noch keine Entscheidung treffen und wird sich deshalb enthalten. Zudem befürchtet Herr Tönjes, dass es sich bei dieser Strategie nur um Plattitüden handelt. Er bitte um eine aktive Umsetzung der genannten Strategie und Ziele und kündigt an, die Umsetzung zu messen.

Herr **Brandt** bemängelt die Nichtbeteiligung des Personal- und Gleichstellungsausschusses.

Herr **Fischer** bedankt sich, hätte sich aber hier noch mehr Beteiligung aus der Politik gewünscht.

Herr **Marušić** antwortet, dass das Strategiekonzept sehr umfangreich ist und das Thema Kultur nicht zu kurz kommt. Es gibt strategische Leuchtturmprojekte wie zum Beispiel das internationale Wattenmeer Schutzprojekt oder das großes Kulturzentrum. Wenn das Konzept sehr breit ausformuliert ist, wird es irgendwann niemand lesen. Gerade das TWWP soll hier eine Vorbildfunktion für andere Staaten in der Zusammenarbeit sein.

Herr **Tönjes** vertritt die Meinung von Frau **Heide**. Zudem kommt ihm auch das Thema Natur zu kurz.

Herr **Werner** lobt das Engagement der Ehrenämter.

Herr **Störmer** begrüßt dieses Konzept, auch weil es nachhaltig ist. Er hofft, dass es fortgeschrieben wird und nicht irgendwann in den Schubladen verschwindet.

Beschluss:

Abstimmung: 4 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen, einstimmig zugestimmt

Beschlussvorschlag:

- I. Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt mit dem Landkreis Friesland die gemeinsame Strategie für die „Grüne Region am Meer“ (Anlage A). Sie basiert auf folgenden strategischen Zielen:
 1. Wir sind eine offene Gesellschaft mit einem starken Engagement für Mensch, Natur und Kultur.
 2. Wir erkennen relevante Transformationsprozesse und nutzen die sich daraus ergebenden Chancen.
 3. Wir sorgen für Lebensqualität, Wohlbefinden und touristische Erlebnisse.
 4. Wir sorgen für eine hochwertige und inklusive Bildung in der Region.
 5. Wir sorgen für Wertschöpfung in der Region und etablieren eine starke, nachhaltig agierende Wirtschaft.
 6. Wir verstärken die Zusammenarbeit in einer vernetzten und zugänglichen Region.
 7. Wir nehmen unsere besondere Verantwortung für das UNESCO-Weltnaturerbe Niedersächsisches Wattenmeer aktiv wahr.
- II. Benannte Projekte und Projektideen haben keine Bindungswirkung für den Haushalt der Stadt Wilhelmshaven. Die Umsetzung der in den Handlungsfeldern benannten Leuchtturmprojekte ist vorrangig und prioritär zu prüfen.
- III. Für die Umsetzung der Strategie werden die im beigefügten Strategiedokument benannten Strukturen und Prozesse beschlossen. Notwendige Beschlüsse werden entsprechend in die Gremien eingebracht. Die Verwaltungen koordinieren in Zusammenarbeit mit dem Regionalmanagement in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Wilhelmshaven mbH die Strategieumsetzung.
- IV. ~~Die Strategie gilt für einen Zeitraum von sechs Jahren. Im sechsten Jahr ist auf Basis einer Evaluation durch den Rat über eine Fortschreibung zu entscheiden.~~ Die Strategie gilt im Rahmen einer Erprobung zunächst für zwei Jahre. Zum Ende der Erprobungsphase findet eine Evaluation statt. Die Ergebnisse dienen als Entscheidungsgrundlage für die Fortführung der Strategie.
- V. Dem Strategierat gehören an:
 - Vorsitzende/r
 - Handlungsfeldverantwortliche
 - Projektleiter Regionalmanagement
 - Hauptverwaltungsbeamte Wilhelmshaven und Friesland
 - jeweils zwei ~~Mitglieder der Fachausschüsse in Wilhelmshaven und in Friesland~~ vom Rat der Stadt Wilhelmshaven und von dem Landkreis Friesland bestimmte Mitglieder des Lenkungsausschusses Strukturwandel Kohleausstieg

Der Lenkungsausschuss Strukturwandel Kohleausstieg bleibt

für die Erprobungsphase bestehen.

- VI. Für den Vorsitz und als Handlungsfeldverantwortliche werden für den Strategiezeitraum folgende Personen benannt:

Handlungsfeld	Verantwortlic
Vorsitz	Dr. Eva Maria
1 - Gesellschaft, Engagement und Zusammenhalt	Ali Kara-Ali
2 – Chancen der Transformation	Prof. Dr. Karst
3 - Lebensqualität, Gesundheit und Tourismus	Anke Hieronyr
4 – Wissenschaft, Bildung und Fachkräfte	Anke Theiler
5 - Wertschöpfung und Wirtschaft	Britta Bartels
6 - Mobilität und Verkehrswende	Hans-Bernd K
7 - Verantwortung Weltnaturerbe	Michèle Gürth

Der Strategierat gibt sich eine Geschäftsordnung, welche den Gremien zur Kenntnis gegeben wird.

4.2 Fortschreibung des Nahverkehrsplans für die Stadt Wilhelmshaven - 292/2024 Verlängerung Anwendbarkeit bis 2025

Herr **Heintz** informiert über die Fortschreibung des Nahverkehrsplans für die Stadt Wilhelmshaven.

Frau **Mandt** bedankt sich für die Vorstellung und fragt, was mit den ca. 30.000 Euro „finanzielle Auswirkung“ finanziert wird und wie hoch die Regionalisierungsmittel für die Stadt Wilhelmshaven sein werden?

Herr **Heintz** antwortet, dass für den Kernhaushalt keine Aufwendungen entstehen, sondern dass das Projekt rein aus Regionalisierungsmittel finanziert wird. Die genannten 30.000 Euro sind für den späteren neuen Nahverkehrsplan und nicht für die Fortschreibung vorgesehen. Weitere Informationen werden als Anhang bereitgestellt.

Herr **Fischer** erwähnt, dass das 49 Euro Ticket unbedingt verlängert werden muss. Er ist sich sicher, dass auch bei einer Preissteigerung das Ticket weiterhin von vielen genutzt wird.

Beschluss:

Abstimmung: 8 Ja-Stimmen, einstimmig zugestimmt

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, die Geltungsdauer für den Nahverkehrsplan 2019 bis 2024 für die Stadt Wilhelmshaven bis zum Inkrafttreten des neuen Nahverkehrsplans, längstens bis Ende 2025, fortzuschreiben. Ziel ist die Beauftragung eines gemeinsamen Planungsbüros in der Verkehrsregion Ems-Jade, um aufgabenträgerübergreifende Aspekte einheitlich zu gestalten.

4.3 Mobilitätsstationen

294/2024

Der RAT der Stadt Wilhelmshaven beschließt auf Basis der Präsentation die weitere Ausarbeitung des Projektes Mobilitätsstationen inklusive der Beantragung der Förderung im Runden Tisch „Strukturhilfen Wilhelmshaven“ Ziel der Mobilitätsstationen ist die bessere Verknüpfung verschiedenster Verkehrsarten an 6 Standorten im Stadtgebiet.

4.4 Städtebauliche Sanierungsmaßnahme "Tonndeich" Beschluss zur fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsübersicht sowie zum fortgeschriebenen integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept

Frau **Wilms** erläutert die Fortschreibung der Kosten- und Finanzierungsübersicht sowie des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepts.

Herr **Brandt** bemängelt das schlecht lesbare Format der Tabelle.

Frau **Wilms** antwortet, dass dieses Muster leider vom Fördermittelgeber vorgegeben ist.

Herr **Fischer** weist darauf hin, dass der Streichung der Neubaumaßnahme Familienzentrum zwar gefolgt werden kann, dass diese Aussage jedoch nicht die Arbeit und Bedeutung des bestehenden Familienzentrums Ost schmälert. Die zwei Aspekte Neubau eines Familienzentrums und die Bedeutung des bestehenden Familienzentrums für die Quartiersarbeit sind getrennt zu betrachten. Es ist in einem zweiten Schritt zu entscheiden, wie das bestehende Familienzentrum Ost weiterentwickelt werden kann.

Frau **Mandt** fragt, weshalb die Umgestaltung der Grünfläche am Lilienburgplatz herausgefallen ist und wie hoch der Finanzmittelbedarf wäre, um die ungepflegte Gegend bei diesem Parkplatz zu verbessern?

Herr **Marušić** antwortet, es gibt eine sehr große Grünanlage beim Garnisonsfriedhof. Für einen Zugang zu diesem Garnisonsfriedhof wird ein Teil des Lilienburgplatzes mit den Eigentümern getauscht.

Frau **Wilms** ergänzt, es wird nicht gern von der Bevölkerung gesehen, dass dort alle Parkplätze gestrichen werden.

Frau **Mandt** fragt weiter, wie hoch der Ansatz für Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung ist?

Frau **Wilms** antwortet, der Wert liegt bei ca. 750.000 Euro, die Erhöhung davon bei 570.000 Euro. Die ursprüngliche KoFi, auf die diese Fortschreibung Bezug nimmt, ist vier Jahre alt. Der Wert wurde in der KoFi vor vier Jahren zu niedrig angesetzt, deshalb ist die Erhöhung erforderlich. Auch das Thema Klimaschutz und Klimaanpassung muss mit Hilfe von Öffentlichkeitsarbeit in Gang gebracht werden. Dies ist verpflichtend vom Fördermittelgeber vorgegeben.

Herr **Störmer** fragt, ob die Stellplätze nicht mehr gefördert werden?

Frau **Wilms** antwortet, Entsiegelung lässt sich sehr gut fördern, aber der Bau von Parkplätzen ist hinsichtlich der Städtebauförderung kritisch zu sehen. Herr **Amerkamp** ergänzt, der Parkplatzausbau könnte möglicherweise über einen anderen Fördermitteltopf gefördert werden.

Frau **Mandt** plädiert für Parkplätze im Gebiet Tonndeich. Es sollten nicht Parkplätze weichen und lediglich Grünflächen und Radwege ausgebaut werden, da doch auch einige Familien heutzutage mit dem Auto unterwegs sind.

Herr **Marušić** merkt an, dafür gibt es in Tonndeich sehr große öffentliche Stellplatzanlagen. Im benachbarten Villenviertel zum Beispiel gibt es keine Stellplatzanlage in dieser Größenordnung.

Herr **Werner** fragt, ob es zur Gökerstraße bereits eine Kalkulation zu den Kosten gibt?

Herr **Heintz** antwortet, im Zuge der angedachten Ausschreibung der Planungsleistung wird eine Kostenschätzung angefertigt werden, diese ist auch Grundlage für den Förderantrag.

Herr **Amerkamp** fügt hinzu, dass aufgrund der Kostensteigerungen in den letzten Jahren die Kosten neu analysiert und auf einen aktuellen Stand gebracht werden.

Frau **Wilms** ergänzt, dass der KoFi selbstverständlich aktuelle Kostenansätze pro qm Straßenfläche eines definierten Ausbaustandards zugrunde gelegt wurden.

Beschluss:

Abstimmung: 4 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen, einstimmig zugestimmt

Der fortgeschriebenen Kosten- und Finanzierungsübersicht (KoFi) sowie dem fortgeschriebenen integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzept (ISEK) im Sanierungsgebiet *Tonndei* wird zugestimmt.

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Bebauungsplan Nr. 61, 3. Änderung Freigebiet Freiligrathstr./August-Hinrichs-Straße - Konzeptvorstellung

Herr **Amerkamp** leitet das Thema ein und übergibt an den Architekten Herrn Herzog.

Herr **Herzog** stellt sich und das Konzept für den B-Plan Nr. 61, 3. Änderung vor.

Herr **Amerkamp** ergänzt Einzelheiten zu der Planung. So ist die Option der Erschließung einer dahinterliegenden Fläche als Wohnbaugebiet im Plan berücksichtigt.

Herr **Störmer** bedankt sich für die Präsentation und sieht das Bauprojekt sehr positiv.

Herr **Fischer** schließt sich Herrn Störmer an und ergänzt, dass sich die Entwicklung an den Bedarf anlehnt und die Wohnungsgrößen den Tiny-Häusern entsprechen, für die es in Wilhelmshaven einen Bedarf gibt. Auch die vorgeschlagene serielle Bauweise wird begrüßt.

Frau **Mandt** befürwortet die Planung und bittet darum, dass die Präsentation dem Protokoll als Anlage beigefügt wird.

Herr **Werner** fragt, ob die Bebauung auch umgesetzt werden kann?

Herr **Herzog** antwortet, dass er hierzu keine Aussage treffen kann, da er nur als Architekt zuständig ist. Es gibt eine Investorengruppe.

Herr **Werner** äußert, dass die Stadt Wilhelmshaven sehr schlechte Erfahrungen mit Investorengruppen gemacht hat, da Vorhaben nicht umgesetzt wurden. Es ist der unbedingte Wille, dass mit ernsthaften Investoren gesprochen wird. Die Sache soll transparent und offen kommuniziert werden. Des Weiteren fragt Herr Werner, ob das Plangebiet in Richtung Freiligrathstraße erweitert werden kann, um die Leerstände an der Freiligrathstraße anzugehen. Da dies jedoch zu Verzögerungen führen würde, wird dieser Punkt wieder verworfen.

Frau **Klibert** weist darauf hin, dass sich ältere Menschen, die meistes aus einem größeren Haushalt kommen, nicht auf ein bis zwei Zimmer reduzieren möchten.

Herr **Herzog** antwortet, dass Wilhelmshaven viele drei Zimmer Wohnungen hat, diese jedoch nicht barrierefrei sind. Der Hintergrund, weshalb der Bau so entstehen wird, sind hintergründig die Baukosten. Man bekommt das am besten nicht gebaut, wenn man keine hohe Wiederholungsrate in irgendeiner Form erstellt.

Herr **Marušić** äußert, dass dies hier ein Neubau ist und die Kaltmieten beim Neubau sehr hoch sind. Deshalb kann ein gut geschnittener Neubau mit kleineren Wohneinheiten und geringen Nebenkosten die höheren Kaltmieten kompensieren.

Herr **Tönjes** bittet, den Bebauungsplan als Anlage zum Protokoll beizufügen und hofft, dass dieses Projekt weiterentwickelt und realisiert wird. Geplante Projekte, die nicht umgesetzt werden, gibt es hier in Wilhelmshaven genügend.

Herr **Dr. Schulte** fragt, weshalb im Entwurf so wenig Grün und Bäume eingezeichnet sind? Bisher ist das Gebiet doch voller Bäume und Gebüsch.

Herr **Herzog** entgegnet, dass dieses Gebiet ein reiner Wildwuchs an Brombeerensträuchern und nichts erhaltenswertes ist. Es wird aber versucht, Bäume einzuplanen. Dies hier ist nur eine Entwurfsskizze. Des Weiteren merkt Herr Herzog an, dass bisher in der Planung ein Vollgeschoss + Dach vorgesehen ist. Er kann sich jedoch auch zwei Vollgeschosse + Dach vorstellen.

Herr **Marušić** findet zwei Vollgeschosse+ Dach in Teilbereichen in Ordnung.

Frau **Mandt** kritisiert, dass Herr Herzog anfangs angekündigt hat, dass Ende 2025 gebaut werden soll. Nun hat Sie aber erfahren, dass hier eine Investorengruppe das Projekt finanziert. Eigentlich müsste deshalb die richtige Antwort lauten, dass Herr Herzog gar keine Auskunft über den geplanten Baustart äußern kann, da er aktuell das Kapital noch gar nicht hat und das Projekt der Investorengruppe erst noch vorgestellt werden muss. Die Investoren entscheiden letztendlich, ob so gebaut wird oder nicht.

Herr **Herzog** entschuldigt sich und ergänzt, dass hier kein vorhabenbezogener Bebauungsplan angestrebt ist.

5.2 Kommunale Wärmeplanung -

Frau **Jurack** stellt sich und den TOP 5.2 zur kommunalen Wärmeplanung vor. Zu diesem Thema fallen in der heutigen Sitzung keine Fragen an.

5.3 Einführung eines Ruf-Bus-Systems

Herr **Heintz** erläutert den TOP 5.3.

Frau **Mandt** unterbricht und kritisiert, dass im Januar das Gespräch war und eine Beschlussvorlage für September angekündigt war. Es wurde darum gebeten, ein reguläres Fahrten-Angebot von zweimal vormittags, zweimal nachmittags und am Wochenende je einmal vormittags und nachmittags für die Dauer von zwei Jahren einzurichten. Hiermit wird jedoch ein „Ruf-mich-Angebot“ vorgestellt. Sie hofft, dass es eine Beschlussvorlage zur Abstimmung bis Dezember geben wird.

Herr **Heintz** erwidert, dass Kalkulationen und die weitere Ausarbeitung am Laufen sind. Es wird versucht, die Beschlussvorlage bis Dezember fertigzustellen. Er erwähnt, dass er seit Anfang dieses Jahres eine zweite Stelle neben seiner eigentlichen Vollzeitstelle vertritt und bittet deshalb um Verständnis für zeitliche Verzögerungen.

Herr **Störmer** unterbricht und weist darauf hin, dass die personelle Situation und die Belastung der Stadt Wilhelmshaven bekannt ist.

Frau **Mandt** entgegnet, dass bereits im nächsten Monat die Haushaltsberatungen sind.

5.4 Frage zu den Sachstandsanfragen der Sitzung vom 24.09.2024

Frau **Mandt** fragt nach den angefragten Sachständen der letzten Sitzung vom 24.09.2024.

Frau **Wilms** antwortet, dass zwei Sachstände als Anlage zur Verfügung stehen.

Herr **Tönjes** bejaht dies.

Herr **Mayer** äußert, dass zwei Sachstände dem Protokoll der Sitzung vom 24.09.2024 beigelegt sind.

Frau **Mandt** antwortet, die Sachstände noch nicht gesehen zu haben. Sie zieht die Nachfrage zurück.

5.5 Rheinstraße 11, Weserstraße 42/44, Weserstraße 136/Luisenstraße 14

Herr **Brunken** informiert über Rheinstraße 11 und Weserstraße 42/44. Das Grundstück Weserstraße 42/44 ist eingezäunt. Augenscheinlich wird bald mit den Arbeiten begonnen werden. Bei der Weserstraße 136/Luisenstraße 14 ist

ein Bauantrag für 12 Wohneinheiten positiv beschieden worden, es gibt dort Bautätigkeiten. Das Gebäude am Bereich Weserstraße 136 ist eingerüstet.

5.6 Sachstand kommunaler Wohnbaugesellschaft

Herr **Tönjes** fragt nach dem Sachstand der Etablierung einer kommunalen Wohnbaugesellschaft, der eigentlich zum Oktober vorgelegt werden sollte.

Herr **Marušić** antwortet, dass die Qualifizierung und Beschreibung des Bedarfs wichtig ist. Die erforderlichen Daten liegen der Stadt Wilhelmshaven nicht vollumfänglich vor. Es wird aus diesem Grund überlegt, die Datenermittlung einem externen Büro zu überlassen.

Herr **Tönjes** kritisiert, dass diese Information ohne Nachfrage von der Verwaltung selbständig kommen sollte.

Herr **Werner** äußert, wenn es hier eventuell keinen Bedarf gibt, dann muss hier auch kein Geld in eine Auswertung für ein externes Büro ausgegeben werden. Jedem ist bekannt, dass kein Bedarf für eine kommunale Wohnbaugesellschaft besteht. Es gibt zwei Wohnbaugesellschaften. Es wäre besser, politische Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass Menschen wieder in der Lage sind, selbst in Neubau oder Kauf zu investieren. Der Breitbandausbau sollte stattdessen priorisiert werden.

Herr **Marušić** entgegnet, dass der Breitbandausbau eine Marktsache ist.

Herr **Werner** äußert, die Fördergelder des Landes bzw. die Subventionen wurden von Minister Lies zurückgezogen. Es wurden auch in der Vorgängerregierung Fehlentscheidungen getroffen, sodass wir nicht lückenlos surfen können.

Herr **Störmer** äußert, wenn die Wohnungen dem freien Markt überlassen werden, entstehen viele Problematiken. Vermieter entscheiden gewinnorientiert. Eine kommunale Wohnbaugesellschaft käme den Mietern zugute, da diese nur kostendeckend agieren muss.

Herr **Dr. Schulte** hält den Antrag zur Gründung einer kommunalen Wohnbaugesellschaft für obsolet. In Wilhelmshaven besteht eine Standardmiete von 7 Euro pro Quadratmeter. Wenn Gebäude für sozialen Wohnungsbau errichtet werden, die dann mit 7 Euro pro Quadratmeter vermietet werden, ist das ein untauglicher Versuch. Kein Kapitalgeber und keine Bank ist bereit, solche Projekte zu finanzieren, die angesichts der hohen Baukosten nicht kostendeckend sind. Auch bei den vorhandenen zwei Wohnbaugenossenschaften funktioniert das Prinzip über Eigenkapitalgeber, die Mitgliedsbeiträge bzw. Einmalbeiträge leisten, um dann über Banken das restliche Kapital zu finanzieren. Wir haben schon solche Gesellschaften, weshalb sollte man noch eine weitere Wohnbaugesellschaft gründen?

5.7 Sachstand Step+

Herr **Tönjes** kritisiert die sehr kurze Anlage zum Sachstand Step+ und fragt, ob die Sache nun eingestampft wird, da hierfür kein Personal vorhanden ist?

Herr **Marušić** antwortet, inhaltlich werden die Ziele aus Step Plus bedient und Projekte werden weiterverfolgt. Formell hat die Stadt Wilhelmshaven natürlich keine Fortschreibung gemacht. Im Fachbereich 61 gab es einen Personalwechsel und Frau Wilms wird sich sicherlich diesem Bereich detaillierter annehmen. Er bittet deshalb um Verständnis.

5.8 Sachstand ehemaliger Schlachthof

Herr **Werner** fragt zum Sachstand am ehemaligen Schlachthof.

Herr **Brunken** antwortet, dass das einsturzgefährdete Gebäude gesichert wurde. Es muss zunächst ein Bauantrag vom Bauherren gestellt werden.

Herr **Werner** fragt, ob es mit einem städtebaulichen Vertrag bessere Handlungsmöglichkeiten gibt, diese eventuell anderweitig zu veräußern, sofern es mit der Fläche nicht vorangeht?

Herr **Amerkamp** antwortet, dass die Fristen des städtebaulichen Vertrages bisher eingehalten werden. Dieser kann gerne als Anlage dieser Sitzung beigefügt werden.

6 Öffentliche Anhörungen

Eine öffentliche Anhörung fand nicht statt.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung 17:45 Uhr

Marušić

Dezernent

Störmer

Vorsitzende/r

Mayer

Protokollführer/in